

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Vertreter der RSAG, Frau Decking und Herrn Hein. An aushängenden Plänen und unter Bezugnahme auf eines in der Sitzung ausgehändigten und dieser Niederschrift beigelegten Handouts stellte Frau Decking die Gründe dar, warum die Mineralstoffdeponie vergrößert werden muss, und zwar durch Erhöhung der Halden um 23 m.

Zudem strebe die RSAG eine Refinanzierung der Kosten für die Oberflächenabdeckung sowie für noch ausstehende Investitionen für die geplante Klärschlammanlage an. Mit der Investition würde ein zeitlicher Freiraum von 6 bis 10 Jahren geschaffen werden. Hierfür würde es sich lohnen, die Infrastruktur umzubauen und die Anfahrt zur Deponie einfacher zu gestalten. Darüber hinaus könne die Anlieferung für Kleinschutt über weitere 10 Jahre erhalten bleiben. Ließe sich die Annahmestelle hier nicht halten, käme eine Verlegung nach Troisdorf in Betracht. Im Bereich der Sickerwasserreinigungsanlage arbeiteten derzeit 3 Verwaltungsmitarbeiter. Es ist geplant, hier bis zu 10 Verwaltungsmitarbeiter zu beschäftigen. Aber auch das würde sich nur lohnen, wenn der Betrieb für weitere 10 Jahre gesichert ist.

Letztendlich würden durch die anstehenden Investitionen auch die Gebühren stabilisiert.

Zu Beginn der Diskussion stellte Frau Feld-Wielpütz für die CDU-Fraktion fest, dass man heute keinen Beschluss fassen möchte, sondern hierüber interfraktionell beraten sollte.

Anschließend sei man bereit, nach einem Ortstermin in einer späteren Sitzung Beschlüsse zu fassen.

Auch seine Fraktion stehe dem Vorhaben skeptisch gegenüber, teilte Herr Metz mit, insbesondere deshalb, weil der Sinn nur in der betriebswirtschaftlichen Rechnung der RSAG zu sehen sei. Die einzelnen Fraktionen sollten sich der Angelegenheit detaillierter annehmen, um über die Zukunft des Geländes sowie auch der Verwaltungsmitarbeiter zu befinden. Das Ergebnis weiterer Beratungen sollte in einer Abmachung zwischen RSAG und Stadt deutlich werden. Von daher sei er mit einer Vertagung einverstanden.

Auf Nachfrage von Herrn Züll, erklärte Frau Decking, dass sie bereit sei, auch in einzelne Fraktionen zu kommen.

Herr Züll fügte an, dass er mit einer Erhöhung der Deponie grundsätzlich keine Probleme habe und mit der Vertagung der Angelegenheit in eine gesonderte Sitzung im Rahmen einer Ortsbesichtigung einverstanden sei.

Herr Nettesheim bemerkte, dass in der Verwaltungsvorlage das Ende der Restlaufzeit der Deponie mit 2015 benannt wurde, Frau Decking in ihrem Vortrag jedoch von einem längeren Zeitraum gesprochen habe. Offene Fragen, insbesondere über die Rekultivierung des Geländes, führten auch bei seiner Fraktion zu weiterem Beratungsbedarf.

Frau Decking lud daraufhin den Ausschuss zu einer Sitzung auf dem Gelände der Deponie nach vorheriger Ortsbesichtigung und Busführung ein. Bezüglich der Terminabsprache war der Ausschuss mit dem Vorschlag der Frau Feld-Wielpütz einverstanden, sich interfraktionell über einen Termin zu einigen.

Herr Gleß schlug vor, die bereits den Fraktionen vorliegenden Stellungnahmen an die Verwaltung zu senden, damit diese zur Vorbereitung der Sitzung eine Synopse erarbeiten kann.

Damit war der Ausschuss einverstanden. Ein Beschluss wurde nicht gefasst.